

# Agglomeration wehrt sich gegen Kita-Offensive

Baselbieter Gemeinden wollen nicht länger auf kantonale Unterstützung warten und greifen selber in die Tasche.

**Michel Ecklin**

Eigentlich müssen die Gemeinden im Baselbiet dringend sparen. Die Budgets sehen fast flächendeckend tiefrote Zahlen vor. Doch eine Zusatzaufgabe haben sich viele Gemeinden dennoch aufgebürdet: Sie sorgen mit zusätzlichem Geld dafür, dass die Kindertagesstätten (Kitas) in ihren Gemeinden bestehen können.

Hintergrund ist, dass im Kanton Basel-Stadt im vergangenen August das revidierte Tagesbetreuungsgesetz mit höheren Löhnen und günstigeren Kitaplätzen in Kraft getreten ist. Seither stehen insbesondere die Agglomerationsgemeinden unter massivem Druck, ein konkurrenzfähiges Betreuungsangebot auf die Beine zu stellen. Ansonsten droht eine Abwanderung des Personals in die Stadt. Bereits sind mehrere Kitas geschlossen worden, weitere könnten folgen. Dabei ist

das Baselbiet in Sachen schul-externer Kinderbetreuung schweizweit bereits jetzt unteres Mittelfeld, während der Stadtkanton einsame Spitze ist.

Deshalb handeln jetzt die Unterbaselbieter Gemeinden. So hat der Bottminger Gemeinderat 65'000 Franken für die Kitas gesprochen. Therwil will 2025 die Kitas mit 200'000 Franken unterstützen. Der Antrag, diese Summe ersatzlos zu streichen, hatte an der Budget-Gemeindeversammlung Anfang Dezember keine Chance.

## **Beitrag des Kantons ist noch unklar**

Binningen ist bereits im Sommer aktiv geworden. Es gibt für die Eltern mehr Kita-Geld und auch die schulische Betreuung wird günstiger. Das kostet rund 300'000 Franken pro Jahr. Ebenfalls im Sommer hat die Muttenzer Gemeindeversammlung die Senkung des Maximaleinkommens für indi-

viduelle Kitakosten-Subventionen gesenkt. Ende November überwies der Reinacher Gemeinderat einen Vorstoss, der verlangt, den Verein für familienergänzende Betreuung zu unterstützen. Wie hoch die Hilfe ausfallen wird, ist noch unklar.

Parallel zu all diesen Zusatzausgaben in den Gemeinden steht auch der Kanton unter Druck, die Offensive in Basel mit eigenen Massnahmen zu kontern. Denn die Kita-Initiative der SP fordert eine komplett kostenlose Betreuung. So weit dürfte es nicht kommen, aber die Regierung stellt einen indirekten Gegenvorschlag in Aussicht. Allerdings ist angesichts all der bereits beschlossenen Bemühungen der Gemeinden fraglich, wie weit der Kanton gehen soll.

Bottmingen und Therwil verstehen ihre Leistungen als «Überbrückungsfinanzierung». Der Bottminger Ge-

meinderat setzt ausdrücklich darauf, dass auf Kantonsebene «die nötige Gesetzesänderung im Verlauf des Jahres 2026 in Kraft treten wird».

## **Aufteilung oder Übernahme der Kosten**

Andere Gemeinden rechnen damit, dauerhaft tief in die Tasche greifen zu müssen, um eine konkurrenzfähige Betreuung anbieten zu können. «Wir verfolgen die kantonale Diskussion, richten aber unsere Planung so aus, wie wenn der Kanton nichts unternehmen würde», sagt Markus Eigenmann, Gemeindepräsident von Arlesheim. Dort hat die Gemeindeversammlung neulich die Höchstbeträge an die Eltern und die Einkommensgrenzen erhöht.

Der Kanton hat bereits Hinweise gegeben, welche Form seine Unterstützung annehmen könnte: Sockelbeiträge an die Eltern, unabhängig vom

Einkommen. Wie hoch dieser Beitrag sein wird, ist noch offen. Eigenmann würde aber eine solche Aufteilung begrüssen: «Der Kanton kümmert sich um die Standortförderung, wir um den sozialen Aspekt, indem wir einkommensabhängige Beiträge an die Eltern leisten.»

Und in Allschwil hat neulich der Einwohnerrat ein Budgetpostulat über 200'000 Franken abgelehnt, das forderte, die Kitas vorübergehend zu unterstützen. «Wir sollten nicht in Aktivismus verfallen», sagt Gemeindepräsident Franz Vogt. In der Höhe von Basel-Stadt würden das Baselbiet und die Gemeinden die Kitas nie subventionieren können.

Das hält er aber auch nicht für gravierend. «Am Ende ist es ein Gesamtpaket, das bestimmt, wo sich die Menschen wohlfühlen. Die Kinderbetreuung ist nicht allein ausschlaggebend.»